

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Schöning eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Besonders begrüßt er Herrn Schienstock von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF FASSELT SCHLAGE in Duisburg und dessen Mitarbeiter, Frau Kleinlosen und Herrn Kusauer.

Vorsitzender Schöning stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Bestellung eines Schriftführers und eines stellvertretenden Schriftführers
Vorlage: 0092/2010

Nachdem der Leiter der Revision, Herr Alfert, die Beschlussvorlage kurz erläutert hat, lässt der Vorsitzende Schöning über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss: einstimmig

1. Kreisamtmann Andreas Simmert wird zum Schriftführer des Rechnungsprüfungsausschusses bestellt.
2. Kreisoberamtsrat Walter Schwane wird zum stellvertretenden Schriftführer des Rechnungsprüfungsausschusses bestellt.

Punkt 2: Prüfung des Jahresabschlusses des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2007, Entlastung des Landrats für den Jahresabschluss 2007 und Verwendung des Jahresüberschusses
Vorlage: 0093/2010

Auf Wunsch des Vorsitzenden Schöning äußert sich Herr Alfert zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2007. Er weist darauf hin, dass das Prüfungsergebnis zum Jahresabschluss 2007 allen Mitgliedern vorliege und im Einzelnen nachgelesen werden könne. Das Prüfungsergebnis selbst enthalte - so Herr Alfert - nach den im letzten Jahr bekannt gewordenen und umfassend diskutierten Buchführungsproblemen keine Überraschungen. Dagegen sei das Jahresergebnis besser als erwartet. Mit Ausnahme kleinerer Änderungen und Ergänzungen im Anhang und im Lagebericht sei der Jahresabschluss gegenüber dem ursprünglich vorgelegten Entwurf im Laufe des Prüfungsverfahrens nicht verändert worden. Zu den Änderungen und Ergänzungen sei den Ausschussmitgliedern eine Liste vorgelegt worden.

Der Jahresabschluss 2007 stelle die Vermögens- und Schuldensituation des Kreises im Wesentlichen zutreffend dar. Die Einschränkung des Testats erfolge wegen der Buchführungsprobleme. Für ihn sei aber der Blick in die Zukunft wichtiger. Aus den Erkenntnissen der Vergangenheit habe die Verwaltung Konsequenzen gezogen, Veränderungen vorgenommen und Maßnahmen eingeleitet. Herr Alfert betont, er sei zuversichtlich, dass in den künftigen Jahren bescheinigt werden könne, dass die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) eingehalten worden seien. Er empfiehlt dem Ausschuss, das Prüfungsergebnis zu übernehmen und dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting teilt die im Prüfungsbericht wiedergegebene Einschätzung der Revision. Es gelte, die festgestellten Verstöße gegen die GoB zukünftig abzustellen. Hierauf werde unter Punkt 3 eingegangen.

Zum weiteren Vorgehen schlägt Vorsitzender Schöning vor, den Prüfungsbericht seitenweise durchzugehen und anschließend Fragen zum Jahresabschluss mit Anhang und Lagebericht zu stellen.

Mitglied Kisfeld erkundigt sich, wann die Instandhaltungsrückstellung von 1 Mio. Euro, welche bereits in 2007 passiviert worden sei, als Maßnahme umgesetzt werde und ob es überhaupt möglich sei, eine Rückstellung so früh zu bilden.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting erläutert die Instandhaltungsmaßnahme, die in 2009 begonnen worden sei und 2010 abgeschlossen werde. Vorsitzender Schöning stellt ergänzend fest, dass der Grund für die Instandhaltungsrückstellung offensichtlich schon 2007 vorgelegen habe und folglich die Rückstellung ab diesem Zeitpunkt ausgewiesen werden könne.

Mitglied Krasenbrink fragt nach, ob beim Kreis eine „Innere Revision“ bestehe und wie sie arbeite.

Dazu erläutert Herr Alfert, dass neben der im Auftrag des Kreistages tätigen Revision keine zusätzliche innere Revision eingerichtet sei. Das bedeute allerdings nicht, dass in den Facheinheiten nicht selbst kontrolliert werde. In verschiedenen Facheinheiten sei zudem eine Controllingstelle vorhanden. Kreiskämmerer Wilfried Kersting merkt ergänzend an, dass im Rahmen der Weiterentwicklung des Rechnungswesens ein sog. internes Kontrollsystem (IKS) in der Verwaltung eingeführt werde.

Unter Hinweis auf die Ausführungen im Prüfungsbericht, dass eine Behebung der Buchungsmängel bis zum Ende 2009 andauern könne, erkundigt sich Mitglied Ludwig, wie die Vorgehensweise in Bezug auf die Jahresabschlüsse 2008 und 2009 geplant sei.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting antwortet, dass die bisherige Vorgehensweise für die Erstellung der JA für die weiteren JA beibehalten werden müsse. Korrekturen in der Buchführung ließen sich aufgrund der unzureichenden und häufig sehr allgemeinen Angaben zum Buchungsgrund vielfach nur auf summarischer Ebene vornehmen. Landrat Dr. Kai Zwicker verweist hierzu auf die Ausführungen im Prüfungsbericht auf Seite 12, erster Absatz.

Mitglied Kisfeld möchte nähere Informationen zur Weiterentwicklung des Buchführungssystems erhalten.

Herr Alfert berichtet, dass nach seinem Kenntnisstand das derzeit Mögliche umgesetzt worden sei. Die angesprochene Qualifizierung von Mitarbeitern sei kein neues Thema. Es liege auf der Hand, dass zielgerichtet weitere Schulungen erforderlich seien.

Vorsitzender Schöning verweist im Übrigen hierzu auf den Tagesordnungspunkt 3, in dem nähere Erläuterungen gegeben würden.

Mitglied Kisfeld fragt nach, wie viel von der Gesamtsumme von rd. 5 Mio. € des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich auf die Abfallgebühren entfalle.

Dazu antwortet Kreiskämmerer Wilfried Kersting, dass rd. 4 Mio. € den Rettungsdienstgebühren und rd. 1 Mio. € den Abfallgebühren zuzuordnen seien. Herr Alfert weist in diesem Zusammenhang auf Seite 113 des Jahresabschlusses 2007 hin.

Nachdem der Prüfungsbericht durchgearbeitet ist, fragt Vorsitzender Schöning nach, ob noch Fragen zum Jahresabschluss 2007 und zu den Anlagen bestehen.

Mitglied Kisfeld möchte wissen, warum bei der Inventur des Bauhofes keine Bestandsaufnahme zum 31.12.2007 stattgefunden habe und ob dies in 2008 ebenso gehandhabt werde.

Herr Alfert erklärt, eine körperliche Inventur sei nur alle drei Jahre erforderlich. Sie sei dementsprechend in 2008 erfolgt.

Vor der Abstimmung über den Beschlussvorschlag teilt Mitglied Ludwig mit, die SPD-Fraktion habe letztes Jahr eine getrennte Abstimmung der Punkte der Sitzungsvorlage beantragt und sich bei der Entlastung des Landrats der Stimme enthalten. Heute werde sie seiner Entlastung zustimmen, da der Kreis Borken auf einem guten Weg sei. Dies sei als Vertrauensvorschuss zu werten.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen und ruft die einzelnen Punkte auf:

Zu 1.:

Beschluss: einstimmig

Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) schließt sich dem von der Revision festgestellten Ergebnis über die Prüfung des Jahresabschlusses des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2007 und der Erteilung des eingeschränkten Bestätigungsvermerkes an. Die Feststellungen der Revision werden als eigenes Prüfungsergebnis übernommen.

Zu 2.1:

Beschluss: einstimmig

Der RPA empfiehlt dem Kreistag, den vom RPA testierten Jahresabschluss des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2007 in der dem RPA am 01.06.2010 vorgelegten Fassung vom 16.03.2010 mit einer Bilanzsumme von 401.998.322,94 € und einem Jahresüberschuss von 2.445.089,05 € festzustellen.

Zu 2.2:

Beschluss: einstimmig

Der RPA empfiehlt dem Kreistag, dem Landrat für den Jahresabschluss 2007 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung zu erteilen.

Zu 2.3:

Beschluss: einstimmig

Der RPA empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass von dem Überschuss für das Haushaltsjahr 2007 ein Betrag in Höhe von 2.361.225,40 € der Ausgleichsrücklage und der Restbetrag von 83.863,65 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt wird (§ 96 Abs. 1 GO NRW).

Landrat Dr. Kai Zwicker nutzt die Gelegenheit, sich beim Mitglied Ludwig und den anderen Mitgliedern für den Vertrauensvorschuss zu bedanken. Er habe festgestellt, dass die Verwaltung in dieser Sache in den letzten Monaten erheblich weitergekommen sei. Dieses liege auch an dem Umstand, dass die beteiligten Personen in vielen Gesprächen in möglichst breiter Offenheit über die Probleme diskutierten. Er sehe das als gute Grundlage für einen erfolgversprechenden Weg an. Natürlich gebe es Probleme, die nicht sofort behoben werden könnten. Wichtig sei aber eine gute Zusammenarbeit der Facheinheiten. Zudem betont er, dass es keine Geheimnisse gebe und auch kein „Schönreden“ angebracht sei. Er dankt schließlich Herrn Alfert und Herrn Kreiskämmerer Kersting sowie den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Kooperation.

Vorsitzender Schöning dankt dem Landrat für diese Ausführungen und unterstreicht abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt, dass im letzten Jahr eine „Knochenarbeit“ auf die Kämmererei und die Revision zugekommen sei. Die Mitglieder des Ausschusses könnten froh sein, dass es jetzt erkennbar nach vorne gehe und man sich spätestens im Jahre 2012 in ruhigerem Fahrwasser befinde. Er wünsche allen Beteiligten ein frohes Gelingen für die anstehenden Jahre.

**Punkt 3: Weiterentwicklung des Rechnungswesens des Kreises Borken
Zwischenbericht
Vorlage: 0121/2010**

Vorsitzender Schöning erteilt Herrn Kreiskämmerer Wilfried Kersting das Wort.

Die Mitglieder – so Kreiskämmerer Wilfried Kersting – würden darüber informiert, wie die Weiterentwicklung des Rechnungswesens beim Kreis angegangen werde. Das Projekt sei am 1. Februar dieses Jahres unter Begleitung der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF FASSELT SCHLAGE (WPG PKF) gestartet worden und werde voraussichtlich bis Mitte dieses Jahres andauern. Er bittet Herrn Schienstock von der WPG PKF, anhand einer Präsentation den Stand der Weiterentwicklung des Rechnungswesens zu erläutern.

Herr Schienstock erläutert die Folien, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt werden. Zur Aufstellung der noch offenen Jahresabschlüsse weist er darauf hin, dass es schwierig sei, eine Buchführung, die unterjährig nicht in Ordnung sei, im Jahresabschluss zu korrigie-

ren. Es sei erforderlich, ein funktionierendes IKS einzurichten. Er sehe es als wichtige Grundlage für einen geregelten und mit Kontrollen versehenen Buchungsprozess. Aufgrund seiner bisherigen Prüfungen könne er sagen, dass nicht immer mit der notwendigen Buchungsumstellung bei Beginn auch sofort verbindliche GoB und ein IKS vorgelegen hätten.

Mitglied Krasenbrink stellt die Frage, inwieweit eine Abstimmung zwischen dem Kreis Borken und anderen Kreisen hinsichtlich einer verlässlichen Buchführung möglich sei. Herr Schienstock habe gewiss entsprechende Aufträge von anderen Kommunen erhalten.

Herr Schienstock erklärt, es sei richtig, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF auch für andere Kommunen tätig sei. Die Konzepte könnten allerdings nicht einfach übertragen werden. In anderen Kreisen und Städten werde nicht die gleiche Software eingesetzt und würden andere Vorsysteme sowie abweichende Organisationsstrukturen bestehen. Jede Verwaltung sei individuell. Das bedeute allerdings nicht, dass man nicht von den Erfahrungen und Erkenntnissen vergleichbarer Projekte profitiere und diese nutzbringend verwende.

Mitglied Ludwig möchte wissen, wie hoch die Kosten für neue Vorsysteme seien und was „dezentraler Zentralismus“ bedeute. Er fragt weiter, ob dabei im Hauptsystem oder im Vorkontrollsystem gebucht werde.

Herr Kussauer von der WPG PKF stellt klar, dass eine sehr hohe Abhängigkeit von Vorkontrollsystemen bestehe. Verlässliche Aussagen zum Umstellungsaufwand seien gegenwärtig nicht möglich. Ob zwingend eine Neugestaltung von Schnittstellen erforderlich werde, sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ersichtlich. Zur zweiten Frage antwortet Herr Kussauer, dass das Buchungsgeschäft in den Facheinheiten sehr unterschiedlich gestaltet sei. In manchen Facheinheiten würden lediglich 1 bis 2 Personen, in anderen dagegen fast alle Mitarbeiter buchen. Er gehe davon aus, dass eine entsprechende Datenerhebung, die im Moment durchgeführt werde, eine Grundlage dafür biete, wie in Zukunft verfahren werden könne. Es werde überlegt, dass kleinere Facheinheiten möglicherweise zentral über den Fachdienst 20 und die großen Facheinheiten weiterhin selbst buchen. Er verweist auf die Notwendigkeit, zwischen Buchung und Vorkontrollierung zu unterscheiden. Aktuell seien jedoch zu viele Mitarbeiter für das Buchen in mps zugelassen, wie generell festgestellt werden könne.

Mitglied Kisfeld fragt nach, wie viele Personen derzeit buchen.

Herr van der Linde erklärt, dass derzeit 160 Personen einen Zugang zum Buchungssystem haben, wobei ca. 90 Mitarbeiter tatsächlich buchen. Angestrebt werde eine Reduzierung um mindestens ein Viertel. Er führt weiter aus, dass bei insgesamt rd. 3 Mio. Buchungsdatensätzen im Jahr die Spanne je Bucher von wenigen bis zu mehreren Tausend Buchungen reiche. Die Verwaltung untersuche derzeit, welche „Kappungsgrenze“ angewendet werden solle, oberhalb derer man die notwendige Routine entwickeln könne.

Beschluss: einstimmig

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Weiterentwicklung des Rechnungswesens des Kreises Borken zur Kenntnis.

Punkt 4: Sachstandsbericht zu den Deponierückstellungen
Vorlage: 0116/2010

Vorsitzender Schöning erteilt Kreiskämmerer Wilfried Kersting das Wort.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting berichtet, die Deponierückstellung sei bereits im Jahre 2009 Thema im Umweltausschuss und bei der Haushaltseinbringung 2010 gewesen. Auch

im Lagebericht für den JA 2007 sei auf den möglichen Rückstellungsbedarf hingewiesen worden. In diesem Zusammenhang gebe es zwei entscheidende Untersuchungen. Zum einen gehe es um die Nachsorge der Deponien bis zum Jahre 2035 und die damit einhergehende Verteilung der Kosten. Diesbezüglich sei ein ingenieurtechnisches Gutachten in Auftrag gegeben worden, das im Juli dieses Jahres erwartet werde. Darüber hinaus sei wichtig zu wissen, inwieweit ein weiterer Rückstellungsbedarf bilanzielle Auswirkungen habe. Hierzu sei Näheres aus dem der Vorlage beigefügten BDO-Gutachten zu entnehmen.

Mögliche bilanzielle Auswirkungen - so Kreiskämmerer Wilfried Kersting weiter - stünden in engem Zusammenhang mit gebührenrechtlichen Fragen. Die Möglichkeit der Gebührenerhebung führe zu einer Rückstellungsminderung. Soweit nicht von gesicherten Gebühreneinnahmen ausgegangen werden könne, bedürfe es einer Erhöhung der in der Eröffnungsbilanz gebildeten Deponierückstellung. Von welchen konkreten Werten ausgegangen werden müsse, stehe gegenwärtig noch nicht fest. Die Verwaltung gehe davon aus, dass mit dem Jahresabschluss 2008 eine Anpassung der Deponierückstellung vorgenommen werden könne.

Darüber hinaus sei vorgesehen, die Abfallgebühren wegen der höheren Rekultivierungskosten ab 2011 neu festzusetzen.

Falls die komplette Summe für die Nachsorge als Rückstellung hätte ausgewiesen werden müssen, hätte dies erhebliche bilanzielle Auswirkungen für den Kreis zur Folge gehabt, ergänzt Landrat Dr. Kai Zwicker. Jetzt müsse nur für den gewerblichen Teil des Abfalls eine weitere Rückstellung gebildet werden.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting merkt an, dass die EGW gerade dabei sei, aktuelle Zahlen für das weitere Vorgehen zu ermitteln.

Mitglied Steiner erkundigt sich, warum nach dem Jahr 2004 nicht mehr zugunsten der seinerzeitigen Rücklage angespart worden sei.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting verweist dazu auf die Sitzungsvorlage Nr. 0264/2005 über die seinerzeitige Festsetzung der Abfallgebühren.

Mitglied Bleker fragt, wie hoch die Summe für die Deponierückstellung voraussichtlich sein werde.

Hierzu führt Kreiskämmerer Wilfried Kersting aus, belastbare Zahlen lägen ihm noch nicht vor und er wolle auch nicht spekulieren.

Mitglied Bleker merkt an, die EGW habe doch bereits Zahlen genannt.

Landrat Dr. Kai Zwicker bittet die Ausschussmitglieder um Geduld, bis das Gutachten der Verwaltung vorliege.

Mitglied Nordholt fragt nach, warum im Jahr 2005 gesagt worden sei, dass der Kreis die Rücklage nicht weiter auffüllen müsse. Er möchte wissen, ob die Rückstellung heute ausgereicht hätte, wenn sie weiter bedient worden wäre. Er frage sich, ob die Entscheidung im Jahr 2005 womöglich leichtfertig oder willkürlich getroffen worden sei.

Herr Alfert vermutet, dass zum damaligen Zeitpunkt angenommen worden sei, dass mit dem Schließen der Deponie für die Nachsorge keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden müssten.

Auch Landrat Dr. Kai Zwicker geht davon aus, dass man seinerzeit vor einer Gebührenerhöhung zunächst die Rücklagen habe abbauen wollen. Er unterstreicht zudem, dass die Depo-niedramatik über die Jahre eine andere Grundlage bekommen habe. Die Lasten der Rekultivierung hätten die Bürger zu tragen, wenngleich zeitlich verzögert. Er bittet nochmals, das

Gutachten abzuwarten. Landrat Dr. Kai Zwicker schlägt vor, eine Synopse des alten Gutachtens von Prof. Dr. Gallenkemper und des neuen Gutachtens zu erstellen, aus der eventuelle Abweichungen entnommen und analysiert werden könnten, und die Synopse ggf. dem RPA in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Mitglied Ludwig merkt an, die Aussage, der Gebührenzahler werde zeitverzögert zahlen, sei bei Gewerbebetrieben nicht zutreffend, weil dort der Steuerzahler zahlen müsse.

Mitglied Krasenbrink wendet sich an Herrn Nordholt und gibt zu bedenken, dass von 2005 bis 2010 eine Gebührenerhöhung stattgefunden habe. Zum damaligen Zeitpunkt habe niemand wissen können, was auf die EGW zukomme. Der Kreis habe jetzt noch 25 Jahre vor sich, in denen die Verwaltung mit den Deponien befasst sei. Bis dahin würden wahrscheinlich noch einige neue Gesetze erlassen, so dass heute noch nicht gesagt werden könne, welche Kostenhöhe zukünftig auf den Kreis zukomme. Er plädiere dafür, das Gutachten abzuwarten.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick entgegnet, die Entscheidung sei seinerzeit weder willkürlich noch leichtsinnig getroffen worden, sondern auf der Grundlage der damaligen rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Rücklage habe 2005 etwa 15 Mio. € betragen und niemand habe gewusst, wie es weitergehe. Zum Beispiel sei damals an eine Verbrennung gedacht worden. Man habe den Beschluss gefasst, die Zuführung zur Deponierücklage erst einmal einzustellen. Bei einem Rücklagenbestand von 10 Mio. € sollte neu gerechnet werden. Dieser Bestand sei letztes Jahr erreicht worden.

Mitglied Nordholt betont, er wolle den Personen nichts vorwerfen, die damals so entschieden hätten. Sich an Herrn Krasenbrink wendend erläutert er, in dem Jahr, in dem die Deponien geschlossen worden seien, habe die Verwaltung bereits gewusst, dass die Anforderungen an die Nachhaltigkeit steigen würden. Dennoch habe man diesen Aspekt nicht hinreichend berücksichtigt.

Bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses bittet Mitglied Northolt um Informationen über die Rahmenbedingungen, die im Jahre 2005 zu der genannten Entscheidung geführt hätten.

Mitglied Dirks kritisiert, es mache keinen Sinn, einen solchen Antrag zu stellen, da die Entscheidung 2005 unter den damals herrschenden Umständen getroffen worden sei.

Mitglied Ludwig hält den Beitrag des Mitglieds Dirks für richtig. Er merkt jedoch an, dass trotz neuer Erkenntnisse nicht reagiert worden sei.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting weist im Zusammenhang mit der Diskussion auf zwei Aspekte hin. Auch nach 2005 sei die Rückstellung verzinst worden. Insoweit seien ihr Mittel zugeflossen. Außerdem habe es neue technische Entwicklungen und Änderungen in der Planfeststellung gegeben. Dazu werde Herr Stegemann von der EGW in der nächsten Umweltausschusssitzung berichten.

Landrat Dr. Kai Zwicker sagt zu, die Verwaltung werde die Anfrage des Mitglieds Nordholt beantworten. Desweiteren werde bei der anstehenden Diskussion über die Festsetzung der Abfallgebühren im Herbst 2010 die Thematik beraten.

Vorsitzender Schöning hält es abschließend für sinnvoll, die Anfrage im Umweltausschuss zu beraten.

Beschluss: einstimmig

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zu den Deponierückstellungen zur Kenntnis.

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 6: Anfragen

keine

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 8: Anfragen

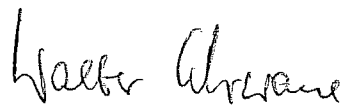
keine

Vorsitzender Schöning schließt die Sitzung um 18:54 Uhr.



Bernd Schöning

Rechnungsprüfungsausschuss
RPA/01/2010



Walter Schwane